

Wir investieren bei Ems in diesem Jahr nicht nur in Wachstumsmärkte, sondern – und das ist wahrscheinlich eher aussergewöhnlich in der heutigen Zeit – auch über 50 Millionen Franken in unsere Standorte Domat/Ems (GR) und Romanshorn (TG).

Gleichzeitig aber mache ich mir grosse Sorgen über die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Schweiz. Bei Ems sind wir sehr international aufgestellt, wir betreiben 26 Produktionsstandorte in 16 Ländern. Aus diesem Grund glaube ich, Politik und Rahmenbedingungen der verschiedenen Standorte in der ganzen Welt relativ gut zu kennen und beurteilen zu können. Als Unternehmerin betrachte ich es als meine Pflicht, aufzuzeigen, dass der Industriestandort Schweiz politisch bereits massiv unter Druck steht und wahrscheinlich noch weiter unter Druck kommen wird.

Wenn wir das weltweite Bild anschauen, dominieren neue Märkte das Geschehen. Jedes zweite Auto und jedes zweite Mobiltelefon der Welt wird bereits in Asien gebaut und verkauft, aber auch bezüglich Standortattraktivität für Unternehmen sind asiatische Länder inzwischen führend. Als relativ neu aufstrebende Länder haben sie sich natürlich intensiv mit der Wirtschaft, auch mit der Industrie, befasst und wissen, was Unternehmen brauchen. Sie kennen die Konditionen, welche für erfolgreiche Unternehmen wichtig sind, damit sie vor Ort produzieren.

Evaluationen für einen neuen Produktionsstandort in Singapur haben ergeben, dass wir dort produzierte Güter zollfrei nach China exportieren können und die Steuern bedeutend tiefer sind als in der Schweiz. Singapur gilt als äusserst unbürokratisch, und auch der Schutz des geistigen Eigentums ist gewährleistet. Nicht umsonst investiert die chemische Industrie so stark in Singapur. Sogar die Schweizer Nationalbank eröffnet jetzt eine Niederlassung dort, die erste ausserhalb der Schweiz. Die Nähe zu den Schwellenländern, das rechtlich stabile Umfeld und die gut ausgebaute Infrastruktur seien dafür ausschlaggebend. Die Regierung von Singapur betreibt in Europa mehrere Vertretungen – eine davon neu in Zürich. Sie haben den klaren Auftrag, mit den grösseren europäischen Firmen in regelmässigen Abständen Kontakt aufzunehmen und mit ihnen deren Strategie und Singapurs Angebote zu besprechen. Aber auch China ist stark an innovativen Unternehmen interessiert. Ems, als steuerprivilegiertes Hightech-Unternehmen, zahlt an den China-Standorten gleich viel Steuern wie in der Schweiz.

Europa, nach wie vor der Hauptabsatzmarkt der Schweiz, leidet weiterhin unter der Finanzkrise und unter rückläufigen Zahlen. Europa verliert weltweit an Bedeutung. Der durch die strukturellen

Für Schweizer Unternehmen ist die derzeitige Weltlage höchst kritisch und anspruchsvoll. Entsprechend sollte sie die Politik entlasten.

Probleme entstandene Aufwertungsdruck auf den Schweizerfranken wird nicht nachlassen. Die höchst angespannte finanzielle Situation vieler Staaten (überall, wo die Staatsverschuldung hoch ist) weckt selbstverständlich finanzielle Begehrlichkeiten.

Für Schweizer Unternehmen ist die gegenwärtige Weltlage höchst kritisch und anspruchsvoll. Entsprechend sollte die Politik die Unternehmen nicht noch zusätzlich belasten, sondern möglichst entlasten. Neue Märkte ausserhalb Europas sollen aktiv als Handelspartner erschlossen werden. Das Freihandelsabkommen mit China ist dabei ein wichtiger Schritt. Weitere Freihandelsabkommen müssen nun folgen.

Gerade in Bezug auf Europa hat die Regierung wirtschaftspolitisch ein klares Profil der Schweiz herausgearbeitet: Wie wollen wir uns weltweit als Standort positionieren? Welche Rahmenbedingungen wollen wir in Zukunft den Unternehmen bieten? Was machen wir besser als andere Länder? Bisher waren es vor allem tiefe Steuern, relativ tiefe Abgaben, ein einfaches und sicheres Umfeld (rechtlich und regulatorisch) und natürlich die Nähe zum europäischen Absatzmarkt, welche die Schweiz attraktiv machten. Welche dieser Vorteile gelten in Zukunft noch? Welche wollen wir neu, können wir neu anbieten? Heute können wir noch handeln und findige Strategien entwickeln! Es ist noch nicht zu spät.

Wenn ich hingegen die derzeitige Politik und deren Beschlüsse, deren Massnahmen und deren Vorgehen anschau (ich spreche von Bundesrat und Parlament), wird überhaupt nicht entsprechend gehandelt. Eine unrealistische Energiepolitik mit einer massiven Verteuerung der Energie wird der Industrie aufs Auge gedrückt. Das Parlament be-

schloss in der letzten Session, die maximalen Subventionen für Alternativenergien auf 900 Millionen Franken pro Jahr zu erhöhen. Für das Jahr 2014 sollen bereits 560 Millionen Franken Subventionen ausgegeben werden. Allein für Ems bringt dies 1 Million Franken Zusatzkosten pro Jahr! Auch die CO₂-Abgabe und die Mineralölsteuer wurden um jeweils 50 Prozent erhöht.

Die zukünftige Steuersituation ist unsicher, vor allem aufgrund des Drucks durch die Europäische Union. Im besten Fall, so habe ich verstanden, soll es mit der Steuerreform III gelingen, die heutige Ausgangslage zu halten. Wie dies zu machen sei, darüber wird hin und her diskutiert. Man möchte es nämlich allen recht machen: «Die Lizenzbox könnte ja vielleicht auch unter Druck kommen, dann ist es wahrscheinlich doch nicht das richtige Instrument. Gegen tiefe Steuersätze könnte aber vielleicht die OECD etwas einzuwenden haben.» So versucht man krampfhaft, Angriffe bis zur Profillosigkeit abzuwehren. Aber: Wer sich differenzieren will im internationalen Standortwettbewerb, der muss Vorteile gegenüber anderen anbieten, sich positiv abheben. Wenn man besser sein will als andere, kann man es nicht allen überall recht machen!

Die Allgemeinverbindlichkeit von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen, wie sie jetzt von der Maschinenindustrie im Vorfeld der «1:12»-Abstimmung und der Mindestlohninitiative zähneknirschend akzeptiert worden ist, sowie diese anstehenden Initiativen greifen massiv in unser Wirtschaftssystem ein. Dabei sind bereits heute die Löhne in der Schweiz 30 Prozent höher als in Deutschland und den USA. «Flankierende Massnahmen» tönen gut. Sie führen allerdings zu einer laufenden Verteuerung der Bautätigkeit und damit von Investitionen in der Schweiz. Wir glauben, dass uns heute eine Investition in der Schweiz bis zu 50 Prozent mehr kostet als an einem unserer deutschen Standorte. Hier spielen nicht nur die höheren Löhne, sondern auch entsprechende Regulierungen und natürlich die hohen Qualitätsanforderungen der Schweiz mit hinein.

In Bezug auf die Finanz- und Aussenpolitik wird die Notwendigkeit von bilateralen Verhandlungen mit institutionellen Anpassungen (EU-Gerichtshof) mit einem Energieabkommen und der europäischen Chemikalienverordnung Reach gerechtfertigt. Bereits im Februar 2013 habe ich die internationale Energiesituation dargelegt und aufgezeigt, dass in Europa aufgrund der subventionierten Alternativenergie Energieüberschüsse vorhanden sind, welche die EU unbedingt exportieren muss. Der Zugang zur europäischen Strombörse ist für Schweizer Stromunternehmen heute gegeben. Wir haben gerade für unsere Schweizer Standorte einen Stromliefervertrag bis 2020 via europäische Energiebörse abgeschlossen. Die Schweizer Stromunternehmen können an der europäischen Strombörse handeln.

Einfach weiterwursteln hat keine Zukunft!

Noch geht es der Schweiz gut. Aber Regulierungswut und mangelnde Weitsicht zerstören schleichend den Werkplatz Schweiz –

und damit unseren Wohlstand.

Von Magdalena Martullo

Allerdings sind sie mit ihrer teuren Produktion im Vergleich zur subventionierten Alternativenergie aus Europa oft nicht mehr wettbewerbsfähig. Nur um ein langfristiges unterzeichnetes Stromabkommen auf dem Tisch zu haben, lohnen sich Anpassungen ans europäische Recht sicher nicht.

Auch bei Reach hat die Schweiz heute gar keinen Handlungsbedarf. Die heutige Schweizer Regelung bietet für Inlandprodukte eine einfachere Lösung. Exportprodukte können in Europa, was übrigens auch bei einem bilateralen Abkommen so bliebe, problemlos unter Reach registriert werden. Wir machen das bei Ems übrigens auch so. Auch im Verband Pharma-Chemie ist mir kein Unternehmen bekannt, das mit Reach heute ein Problem hätte. Reach und Energieabkommen werden vorgeschoben, um institutionelle Anpassungen an die EU zu vollziehen. Bezüglich Verbindlichkeit der Übernahme von Beschlüssen des Europäischen Gerichtshofes spricht man heute zwar noch von einem Wahlrecht der Schweiz, ich bin jedoch sicher, dass man hier weitere Zugeständnisse machen und sich dann, auch verbindlich, EU-Recht unterordnen wird. Zu Ende gedacht, wird die Schweiz also EU-Recht anwenden und so weitere eigenständige Standortvorteile preisgeben.

Der Bundesrat hat in letzter Zeit verschiedene «Verhandlungen» mit anderen Staaten geführt. Dabei frage ich mich grundsätzlich, was denn

Der Bundesrat hat verschiedene «Verhandlungen» mit anderen Staaten geführt. Was aber wird denn eigentlich verhandelt?

eigentlich verhandelt wird. Als ich am 11. Juli 2013 wieder Frau Bundesrätin Widmer-Schlumpf bei der Unterzeichnung des Erbschaftssteuerabkommens in Frankreich gesehen habe, habe ich mich einmal mehr gefragt: Was wurde hier eigentlich verhandelt?

Als Unternehmerin verstehe ich unter «verhandeln», dass man ein Tauschgeschäft macht, das ein Geben und Nehmen für beide Parteien umfasst, so dass am Schluss beide Parteien ihren Vorteil daraus ziehen. Wenn der Bundesrat verhandelt, sei es mit den USA, seien es die diversen EU-Verträge, die institutionelle Anpassung oder das Abkommen mit

Frankreich, frage ich mich jedes Mal: Wo ist hier die Gegenleistung für die Schweiz? Denn: Ich sehe keine! Der vorausseilende Gehorsam der Bundesregierung allein verschafft uns keine Vorteile.

Im internationalen Wettbewerbsumfeld wird mit harten Bandagen gekämpft, bei vielen Ländern und ihren Regierungen geht es finanziell und wirtschaftlich schliesslich ums Überleben. Entsprechend klar und findig sollte die Gegenstrategie der Schweiz sein. Denn auch bei uns sind viele Unternehmen bereits in einer schwierigen Situation, müssen sich mit einem schrumpfenden Europamarkt und der Euro-Krise abfinden und auf neue Märkte ausrichten.

Und weil der Bundesrat aussenpolitisch offenbar überfordert ist und keine erfolgreiche Strategie durchsetzen kann, spielt er stattdessen seine innenpolitische Macht aus: Regulierungswut, kombiniert mit Umverteilung. Dabei wird die Industrie an vorderster Front zur Kasse gebeten: Hier noch eine Abgabe, dort noch eine Umverteilung und noch etwas für die Umwelt, das macht sich immer gut . . .

Aber dieses Handeln bleibt für uns alle nicht folgenlos.

Unternehmen bewerten und vergleichen das politische Klima und die Standortbedingungen laufend. Gespräche mit vielen Unternehmern aus verschiedenen Branchen haben mir gezeigt, dass bereits viele von ihnen grosse Bedenken bezüglich ihres kurz- oder mittelfristigen Überlebens am Standort Schweiz haben. Wir sehen selber bei unseren Schweizer Kunden: Kleine Unternehmen verlagern, grosse Unternehmen investieren einfach im Ausland. Unternehmen brauchen die Standortbedingungen heute nicht mehr zu verbessern. Sie müssen sich nicht mehr politisch engagieren. Es gibt Länder, die machen das für sie. Die Schweiz gehört leider derzeit nicht dazu.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wir sind noch nicht in einer Krise, wir haben immer noch eine gute Situation. Aber die inkompetente Politik wirkt sich schleichend aus. Hohe Arbeitslosenzahlen sehen wir in der Schweiz nicht; wir kompensieren sie seit Jahren mit Stellen im Gesundheitswesen, in der Bildung und neu auch im Bau aufgrund tiefer Zinsen. Jedoch: Werden uns diese Branchen mittel- und längerfristig den hohen Wohlstand erhalten?

Wir wissen, dass alle grossen Länder mit hohem Wohlstand über einen hohen Industrieanteil verfügen. Die Industrie hat eine deutlich höhere Wertschöpfung als andere Branchen, insbesondere als diejenige des Staates. Will man Wohlstand haben, sollte man die Industrie erhalten und nicht aus dem Land vertreiben.

Meinen wir, wir könnten uns durchwursteln, indem wir uns etwas nett und harmonisch geben, möglichst nicht anecken, alles schon von vornherein

Ich frage mich, wo sind die innovativen politischen Führungspersönlichkeiten der Schweiz? Eine Regierung müsste regieren, sie müsste führen.

allen recht machen? Ist das unser Rezept bei den gegenwärtigen Umwälzungen und Begehrlichkeiten im Umfeld? So wird es nicht funktionieren. Der Wandel, die Globalisierung, die Finanzkrise, der Druck von aussen sind Realität. Abwehr durch Nachgeben und Ignorieren ist keine gangbare Strategie. Wir müssen doch die Chancen wahrnehmen. Und die gibt es! Wir brauchen sie nur zu erkennen und zu nützen. Zum Handeln ist es noch nicht zu spät. Aber der Realität müssen wir uns stellen, Probleme sind anzusprechen und Lösungen mit einer klaren Zielsetzung zu definieren.

Ich frage mich, wo sind die innovativen politischen Führungspersönlichkeiten der Schweiz? Eine Regierung müsste regieren, sie müsste führen. Wann wird sie endlich gewählt? Ich betrachte es als meinen Auftrag, aufzurütteln, auch die Bevölkerung! Wir können nicht passiv in die Zukunft gehen. Und auch nicht als «nice guys», die alles sofort ausführen und sich anpassen.

Wir haben in der Schweiz die höchsten Löhne, den höchsten Wohlstand. Wohlstand aber muss immer wieder erneuert werden, das ist wie bei einem Produktesortiment. Einfach immer gleich weiterwursteln oder sich sogar noch der schlechten Konkurrenz anpassen, das hat keine Zukunft. Wenn wir unseren hohen Wohlstand beibehalten wollen, dann müssen wir uns aktiv bemühen: Ziele und Strategien formulieren, clever mit guten Leuten vorangehen.

Worauf warten wir denn?

Magdalena Martullo ist Mehrheitsaktionärin, exekutive Vizepräsidentin und Delegierte des Verwaltungsrates (CEO) der Ems-Gruppe. Beim Text handelt es sich um das leicht gekürzte Referat, das sie anlässlich der Präsentation des Halbjahresabschlusses am 12. Juli 2013 gehalten hat.